

# Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 10000.— M. Anzeigenpreis: Die 6 gespalt. Millimeterzeile für Arbeitsgesuche 400.— M. Geschäfts- u. Privatanzeigen 500.— M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelhof 17. Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Freitag morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 26/27

Duisburg, Juli 1923

24. Jahrgang

## Streiks und Aussperrungen im Jahre 1922

Das Gesamtbild des Ringens zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft auf dem Arbeitsmarkte 1922 liegt vor. Wenn auch die Zahlen einen Rückgang in der Summe der durch Streiks und Aussperrungen verlorenen Arbeitstage gegenüber den früheren Jahren zeigen, so ist dennoch die Zahl an und für sich noch immer sehr hoch. Der Höhepunkt der Streikkurve liegt zweifellos im Jahre 1920 mit 54 Millionen verlorenen Arbeitstagen, während die Zahl im Jahre 1921 auf 30 Millionen und 1922 auf 20 Millionen sank. Die Jahre 1919 und 1920 waren das Eldorado der wilden Streiks und der politischen Putzsch, und mehr als die Hälfte aller Streiks dieser Jahre waren aus politischen von kommunistischen Forderungen verfolgten Zielen hervorgegangen. Im Jahre 1922 sind die rein politischen Streiks, bei denen die Taktik offenlag, zurückgegangen, aber die Radikalen versuchten, unter dem Stigma „Lohnbewegung“ wilde Streiks zu inszenieren, die unzweifelhaft einen politischen Hintergrund hatten, wenn ihre Ziele auch nicht mehr so unverhüllt hervortraten. Die politischen Streiks spielten die größte Rolle natürlich in den radikal verkehrten Gebieten Mitteldeutschlands und Berlins, während sie in den Gebieten, in denen die christlichen Gewerkschaften ausschlaggebend die Bewegungen mitgestalten können, nur eine untergeordnete Rolle gespielt haben.

Es zeigt sich auch in diesen Tatsachen wieder deutlich, daß die Domänen der sozialistischen Gewerkschaften den besten Nährboden abgeben für radikale, auf Umsturz hinstrebende Tendenzen der Moskowiter, wohingegen die christlichen Gewerkschaften ein starker Damm sind gegen politische Streiks, die die Notlage der Arbeiterschaft nur noch vergrößern und deren Endeffekt nur der sein soll, für gewisse dunkle Hintermänner Kapital zu schlagen. Unser christlicher Metallarbeiterstand wird sich wie in der Vergangenheit, so auch in der Zukunft, allen politischen Streiks und Putzsch auf das Schärfste widersetzen.

Die wirtschaftlichen Streiks der gewerblichen Arbeiterschaft weisen gegenüber dem Vorjahr im Verhältnis der verlorenen Arbeitstage eine kleine Steigerung auf. In den Zahlen dieser wirtschaftlichen Streiks, die das „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlicht, sind auch die Putzsch und die wilden Streiks enthalten, sofern sie ein aus dem Arbeitsverhältnis entspringendes Motiv als Ursache angeben. Die Zahlen der von den Gewerkschaften geführten Streiks sind also nur ein Teil der angegebenen Gesamtsumme. Im Jahre 1921 betrug die Anzahl der Streiks 4093 und die Zahl der betroffenen Betriebe 52 244; im Jahre 1922 4348 Streiks und 91 775 Betriebe. Die Zahl der Streikenden betrug 1921 1 287 000 und die der gezwungen Feiernden 127 000; im Jahre 1922 1 604 000 Streikende und 78 000 gezwungen Feiernde. Das stärkste Gewicht der Arbeiterkämpfe in der Metallindustrie fiel im vorigen Jahre nach Süddeutschland, wo der süddeutsche Metallarbeiterstreik ein Vierteljahr lang rund 200 000 Metallarbeiter durch die famose Taktik des sozialistischen Metallarbeiterverbandes aus der Arbeit hielt. Dieser Kampf um die Beibehaltung der 46stündigen Arbeitswoche endete mit einer radikalen Niederlage des sozialistischen Metallarbeiterverbandes, der trotz der bombastischen Parolen die 46stündige Arbeitswoche einpflanzen mußte.

Dieser Streik kostete 8 Millionen verlorene Arbeitstage. Verdienstentgang und Wirtschaftseinbuße gehen in die Milliarden.

Die Zahl der Aussperrungen ist seit Kriegsende von Jahr zu Jahr gewachsen. Schon 1921 überstiegen die absoluten Zahlen diejenigen der Vorkriegszeit nicht unbedeutend. 1922 weist ebenfalls hinsichtlich der verlorenen Arbeitstage (1921 3,2 Millionen, 1922 4,3 Millionen) eine bedeutende Steigerung auf. Diese Erscheinung der anwachsenden Intensität der Aussperrungen beweist aufs neue, daß das Unternehmertum durch die Unterwühlung der Gewerkschaftsbewegung durch radikale Strömungen den Mut gewinnt, um die Arbeiterschaft durch diese Machtmittel niederzuhalten. Einem großen Teil des Unternehmertums ist kaum etwas angenehmer, als wenn Arbeiter durch Radikalismus ihre eigene Organisation zerstören, um so besser blüht der Weizen des Arbeitgeberums. In einigen Gegenden Deutschlands ist die Arbeiterschaft durch die kommunistisch-sozialistische Politik auf den Stand der Vorkriegszeit zurückgeworfen, in Mitteldeutschland, Berlin, Sachsen. Was das heißt, spüren die Arbeiter am meisten.

Durch Putzsch, wilde Streiks und Radikalismus gräbt sich die Arbeiterschaft selbst ihr Grab, sie schwächt ihre Organisation, deren Stärke sie dringend bedarf. Und es kommt die Zeit, wo die ganze Kraft der Organisation in die Wagschale geworfen werden muß, um die Arbeiterrechte zu verteidigen. Dann hilft keine Phrase und kein Wortschwall, son-

dern nur ein Verband, der finanziell stark, mit tüchtler Ueberlegung und zäher Energie hinter den Arbeiterrechten steht. Auf eine solche Organisation müssen die Kollegen hinstreben.

Wir lehnen Putzsch und wilde Streiks ab und lassen uns auch von keinem anderen Streik vorschreiben, so aus „Sympathie“ oder „Solidarität“, wie die von den Kommunisten mißbrauchten Worte heißen. Für uns als christliche Metallarbeiter kommt der Streik als letztes Mittel in Frage, wenn alle Schlichtungsmöglichkeiten erschöpft sind. Jeder Streik ist ein zweischneidiges Schwert und die Arbeiterschaft hat sich deshalb wohl zu überlegen, ob sie zu diesem Mittel greift. Um irgendwelcher „Aktionen“ halber darf niemals ein Streik von uns irigemacht werden. Da haben wir als christliche Metallarbeiter zu zeigen, daß uns unsere Arbeitsstätte nicht von grünen Zungen im Handumdrehen streitig gemacht werden kann. Nur mit Vernunft und in selbstbewußter gewerkschaftlicher Arbeit lassen sich unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse in befriedigender Weise lösen.

## Nichts ist erfolgreicher für die Arbeiterschaft als eine zielbewußte Organisation!

Das Schlagwort bringt Verwirrung, Unklarheit, Gleichgültigkeit und Herabsinken der Arbeiterschaft in jene Scharmacherzeit, die die Menschenrechte in die Kumpelkammer tun wollte (Tille). Das Wiedererscheinen der Gelben und das Vorhandensein der Union sind ein Zeichen schwerster Zerkleinerungs- und Zermürbungssymptome. Jedermann schützt sich gegen Krankheit. Das Mittel gegen diese Krankheitserscheinungen auf dem Arbeitsgebiete heißt **Gewerkschaftsbewegung!**

## Volk, Staat und wir

II.

Sind wir eine Schicksalsgemeinschaft? Das ist das Tragische im Leben unseres Volkes, daß wir zwar von Natur aus, von innen alle mit starken Klammern aneinander gehalten sind, Stand um Stand, Beruf um Beruf, Volksglied um Volksglied, aber daß das deutsche Volk Wert und Notwendigkeit dieser Verbundenheit gar nicht erkennen und noch viel weniger ihr folgen will. Jeder redet von Gemeinschaft und jeder denkt sich etwas anderes darunter; jeder spricht davon, daß die Volksinteressen den Privatinteressen voranzugehen haben; aber jeder ist auch nur zu eifrig bestrebt, seine Privatinteressen oder die Interessen seiner Gruppe mit den Volksinteressen zu identifizieren und sich eine Hausmorale zurechtzuschultern, deren Wert im umgekehrten Verhältnis zu ihrer von Parteien und Schichten geprägten Marke steht. Wir sehen in einer Kleinstaaterei des Geistes, die gefährlicher ist als die politische Duodezistaaterei von dazumal, weil sie das Blickfeld des Gedankens für die Allgemeinheit beengt und nur das Denken in Klübschen, Grüppchen, Parteien, Kongernen, Verbänden oder Syndikaten offen läßt.

Diese deutsche Geisteskleinstaaterei von heute ist die Gegnerin jeglichen Einheitsbündensfühlers mit anderen Schichten und sie ist es auch, welche Deutschland auch politisch wieder in Kleinstaaterei auseinanderfallen lassen wird, wenn nicht starke innere Kräfte sich in die Speichen dieses trostlosen deutschen Gefährts werfen. Geben wir uns nicht dem verderblichen Glauben hin, als ob wir mit diesem Sündigen an der deutschen Zukunft ein Anrecht auf die Weiterexistenz unseres Volkes hätten und als könnten wir nicht von der Tafel der Geschichte weggewischt werden. Völker liegen zusammengebrochen am Begrabe der Weltgeschichte, die eine mindestens so hohe Kultur hatten wie wir. Nur die Bücher reden noch von ihnen. Auch ein Sechzig-Millionen-Volk wird sterben, wenn es sich seine inneren Lebensbedingungen selbst untergräbt.

Wenig Anteil an der inneren Zerkleinerung der kapitalistische Geist und der sozialistische Klassenkampfgedanke hat, braucht gar nicht weiter erörtert zu werden. Sie sind es, die jeden Gedanken einer Ueberbrückung der Gegensätze nicht nur von sich weisen, sondern es als ihre Aufgabe ansehen, die Gegensätze möglichst zu verbreitern.

Den Bestand eines Volkes vermag nur seine innere Festigkeit zu verbürgen. Deshalb ist derjenige der wahre Volkstreu, der dazu beiträgt, diese Festigkeit zu stärken. Der christliche Gewerkschaftsgedanke, fundiert auf dem Geiste des Christentums, steht auf dem Boden der berechtigten Interessen eines jeden Standes, die sich aber alle dem Wohl des Gesamtvolkes unterzuordnen haben. Monopolinteressen oder Preisfestsetzungen einer Wirtschaftsgruppe können nur so lange frei wirken, als ihre Rechte dem Gesamtwohl nicht Abbruch tun; tun sie es, dann ist es Staatspflicht, sie einzudämmen. Es gibt auch, andererseits kein unbefränktes Streikrecht. Bedroht ein Streik Lebensinteressen des Volkes, dann ist er ver-

worfen. Wir als christliche Gewerkschaftler lehnen es ab, im Gegensatz zu anderen Gewerkschaften mit dem unbefränktem Streikrecht zu liebäugeln. Wir wissen, daß das Leben eines Volkes höher gewertet werden muß, als die Forderung irgend einer wirtschaftlichen Gruppe, seien es Unternehmer oder Arbeiter.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung ordnet sich und ihre Interessen mit der Tat — und nicht nur mit Worten — den Lebensfragen des Volksganges unter. Daher hat sie auch ein Unrecht darauf, sich „national“ zu nennen.

National kein Wort wird mehr mißbraucht und keins dient so hundert Zwecken, wie dieses Wort.

Wir sind national, weil wir Heimat, Volk und Vaterland lieben, weil wir sein Leben fördern, seine berechtigten Ziele erreichen helfen wollen.

Wir sind national, weil wir wissen, daß durch die deutsche Stammesgemeinschaft gleiches Blut fließt, das wir zu verteidigen und zu schützen haben.

Und wir als christliche Arbeiter fühlen und denken national, weil im deutschen Vaterlande die Wurzeln unserer Kraft liegen, weil unsere Arbeit unserem Lande Stütze und Kraft gibt, wir schließlich niemanden von dem Bande aus, das wir um das deutsche Volk legen.

Aber wir verwerfen den Chauvinismus und den Nationalismus, die nicht das Eintreten für die berechtigten Interessen des Vaterlandes auf berechtigten Wegen wollen, sondern denen jedes Mittel, auch das der Unterdrückung recht ist, um ihre Ziele zu erreichen.

Aber was hat das Christentum denn eigentlich mit nationalem Wollen zu tun? Ist das Christentum nicht eine Gegnerin des nationalen Gedankens?

Berzückt man unter „nationalem Wollen“ nichts anderes als Vaterlandsliebe, als die Liebe zum heimischen Land, Volk und Staat, so hat das Christentum gegen einen solchen nationalen Gedanken nicht nur nichts einzuwenden. Im Gegenteil — das Christentum fördert und billigt dieses natürlich- edle Gefühl, wie es alles Edle billigt und fördert und alles Unnatürliche ablehnt. Die Vaterlandsliebe ist etwas Natürliches, ihr Mangel unnatürlich. Der Urheber der menschlichen Natur, Gott, ist es, der das menschliche Herz geschaffen hat mit seiner Heimatliebe. Gott ist es, sagt Besch mit Recht, der durch soziale Pflichten uns an Volk und Staat gebunden, der für die staatliche Autorität von uns Gehorsam, für den Zweck der staatlichen Gesellschaft Dienst und Opfer von uns fordert. Nirgends blüht und betätigt sich wahre Vaterlandsliebe, reiner, edler, opferbereiter als in einem christlichen Volke.

Unvereinbar mit dem Christentum ist der Chauvinismus, der Nationalismus im engeren Sinne, jene häßliche nationalistiche Selbstüberhebung, Selbstüberschätzung. Man verurteilt die Selbstsucht, die Unehrlichkeit, die Unwahrhaftigkeit, die Rücksichtslosigkeit im privaten Leben. Handelt es sich aber um die eigene Nation und deren Interessen, dann ist dem Nationalismus alles erlaubt. Brutaler Egoismus, Siegemahn und Eigendünkel, ein von selbstherrlichem Machtprinzip diktiertes Verfahren, ohne Gerechtigkeit und ohne Liebe, alles wird dann durch die Vaterlandsliebe gerechtfertigt. Dieser Nationalismus ist in seiner übertriebenen Gier nach vergänglichem Gütern eine Quelle der internationalen Ungerechtigkeiten. Diese verwerfliche Gier sucht sich zu verschleiern und zu rechtfertigen durch die höchsten Staats- und allgemeinen Wohlfahrtsgründe, durch Liebe zu Volk und Vaterland. Gegen diese Auffassung steht das Christentum im schärfsten Gegensatz, und diejenigen, die dieser Auffassung hulldigen, mögen sich wohl Christen nennen, aber sie sind es nicht.

Wir als christliche Metallarbeiter wissen, daß ohne einen Sturm echten nationalen Sinnes, der alle Kreise umfassen muß, eine Auserkennung unseres niedergebeugten Vaterlandes nicht möglich ist. Wir für unsern Teil wollen daran mitarbeiten, vor allen Dingen dadurch, daß wir immer das Wohl der Volksgemeinschaft im Auge behalten. Geschieht das, dann haben wir auch das Recht, unsere eigenen berechtigten Interessen bis zum Äußersten über dem i nach jeder Seite hin wahrzunehmen.

Wir als christliche Metallarbeiter wissen, daß ohne einen Sturm echten nationalen Sinnes, der alle Kreise umfassen muß, eine Auserkennung unseres niedergebeugten Vaterlandes nicht möglich ist. Wir für unsern Teil wollen daran mitarbeiten, vor allen Dingen dadurch, daß wir immer das Wohl der Volksgemeinschaft im Auge behalten. Geschieht das, dann haben wir auch das Recht, unsere eigenen berechtigten Interessen bis zum Äußersten über dem i nach jeder Seite hin wahrzunehmen.

**Schutz für Leben und Gesundheit des Arbeiters**  
Ist trotz Achtundtag und Erholungsurlaub die wichtigste Forderung der Arbeiter und ihrer Familien. Stellenweise haben sich die Betriebsgefahren gegen früher noch vergrößert.  
Der Arbeiterschutz durch Gesetz und Selbsthilfe ist daher in Versammlungen, Kursen, Branchekonferenzen, durch Berichterstattungen im Verbandsorgan, durch Bücher und Schriften wieder mehr zu beleben und zu fördern.  
Kein Arbeiter sollte so leicht sein, und sich nicht auf das Beste zu konzentrieren über die vorliegenden Fragen. Denn es geht um seine eigene Gesundheit.

# Lohnpolitik und Gewerkschaftsarbeit

## „Gesunde Lohnpolitik“

Friedrich Baikusch  
II.

Dr. Meißinger in seinen bisherigen mit dem obenbezeichneten Nebenschriften erschienenen Artikeln den Nachweis zu erbringen, daß die Ansicht, daß der Anteil des Lohnes an den Gestehungskosten meist nur gering sei, irrig ist. Er warnt die Unternehmer eindringlichst davor, derartige Dinge noch weiter auszusprechen, da die Gewerkschaften bei der Lösung sozialer Ziele bereits eifrig die Aussagen solcher Unternehmer sich zu eigen machen. Dr. Meißinger schreibt aus:

„Diese Ansicht (des geringen Lohnanteils am Fertigprodukt d. B.) mag für einige Industriezweige zutreffen, die hochwertige Rohstoffe oder mit Edelwärla bezahlte Rohstoffe zu verarbeiten haben, bei denen sich der Anteil dieser Rohstoffe namentlich da vergrößert, wo in längeren Produktionsprozessen eine weitere erhebliche Verschlechterung der Valuta eintritt. In diesen Fällen ist zugegeben, daß der Anteil des Lohnes an den Gestehungskosten in der letzten Produktionsstufe gering und jedenfalls geringer als vor dem Kriege ist. Gleiche Verhältnisse in anderen wesentlichen Industriezweigen ergeben jedoch ganz andere Zahlen. Im Bergbau mag der Lohnanteil 30—42 Prozent betragen, für Stahlfabrikation ist er in einem nachgehenden Werke auf 15 Prozent angegeben. Die Baustoffindustrie hat mit einem Anteil von 40—65 Prozent, das Baugewerbe im Hochbau mit 30—55 Prozent, im Tiefbau sogar mit 60 Prozent zu rechnen, das Tischlereigewerbe mit 45 Prozent, die Textilindustrie mit 25—30 Prozent, das Verkehrsgewerbe mit mindestens 25 Prozent und die Landwirtschaft mit annähernd 50 Prozent. Auch in der Textilindustrie, die gewöhnlich mit Rohstoffen aus Ländern der Edelwärla rechnen muß, finden sich bei einer ganzen Reihe von Artikeln Lohnanteile, die zum Teil erheblich über 10 Prozent liegen und in der Textiloberbedarfsindustrie bis 50 Prozent und mehr betragen.“

In diesen Prozentziffern seien übrigens nur die unmittelbaren Löhne und nicht die Fälle der mittelbaren Lohnkosten, die in jedem einzelnen Stadium des Produktionsprozesses bereits ihren steckten, in Rechnung gezogen.

Die von Dr. Meißinger angegebenen Lohnanteile an den Produktionskosten in den verschiedenen Industrien hatten einer näheren Prüfung kaum stand. Nicht nur die Feststellungen des führenden Industriellen Dr. Guggenheimer können als Beweis für die sehr zweifelhaften Angaben Dr. Meißingers gelten, die Gewerkschaften haben verschiedentlich selbst entsprechende Berechnungen aus der Praxis angefertigt und sind mit Guggenheimer, wie schon beispielsweise angeführt, zu erheblich niedrigeren Ziffern des Lohnanteils am Fertigprodukt gekommen. Zudem ist es doch Tatsache, daß die Löhne der Staatsarbeiter nur die Hälfte, die Gehälter der Beamten und Angestellten nur 1/4 der Vorkriegszeit, gemessen an dem inneren Geldwert, betragen. Und in der Arbeiterlöhne herrscht heute noch ein Chaos und hinsichtlich ihrer realen Kaufkraft ein so niedriger Stand, daß man es kaum für möglich halten sollte. Lohnunterschiede in derselben Branche, im selben Bezirk oder in anliegenden Gegenden bis zu 1000 Mark pro Stunde sind keine Seltenheit und die Kaufkraft der jetzt gezahlten Löhne ist besonders in Anbetracht der enorm wieder ansteigenden Preise für Lebensmittel und notwendige Bedarfsartikel eine ganz minimale. Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts hat sich im Anschluß an die enorme Steigerung der Devisen das Niveau der Großhandelspreise von dem 6188fachen des Friedensstandes am 5. Mai auf das 7149fache oder 13,9 Prozent am 15. Mai erhöht. Die Lebensmittel allein stiegen in diesen wenigen Tagen von dem 4802fachen auf das 5788fache oder um 20 Prozent und diese gefährliche Entwicklung scheint schnell weiterzuschreiten. Der niedrige Reallohn des Vorjahres ist nach objektiven Untersuchungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes beispielsweise bei einer Fachgruppe, nämlich bei den verheirateten Metallarbeitern im März 1923 gegenüber August 1922 um mehr denn 20 Prozent gesunken. Bei den Angestellten ist dieser Prozentsatz des weiteren Absinkens der Lebenshaltung ein noch höherer.

Die Protzschüsse und die gebundene Mietwirtschaft, die Dr. Meißinger ebenfalls als „Belastungszeugen“ vorführt, werden von namhaften Wissenschaftlern mit bestenfalls 20 Prozent der Lohnsumme beziffert. Der als sehr ge-wissenhaft bekannte Volkswirtschaftler Dr. Jahn stellt z. B. in der Tageszeitung „Der Deutsche“ fest, daß die deutschen Löhne bis zu 1/4 der realen Kaufkraft der Weltmarktlöhne ausmachten, selbst wenn man die innere Kaufkraft der zu vergleichenden Löhne berücksichtigt.

Reichsverband der Deutschen Industrie vereinigt. Daneben gründete sich 1910 der Reichsverband des Deutschen Handwerks, dem Ende 1920 35 Reichsverbände für die einzelnen Berufe angeschlossen waren. Ähnliche Reichsverbände haben wir für den Großhandel und für die Landwirtschaft. Alle diese Spitzenverbände vereinigten sich 1920 zum Zentralausschuß der Unternehmerverbände, deru. a. die einheitliche Abwehr aller gegen sie gerichteter Bestrebungen bezwecken soll. Der „Deutscher Streikschutz“, E. V., Arbeitgeberentschädigungsgesellschaft für Streikverluste, leistet nach einer uns vorliegenden Anpreisung:

I. Materieil: In der Regel eine Entschädigung von 25 Prozent der durch einen Streik oder eine Aussperrung ausgefallenen Lohnsumme.

II. Ideal: „Die Sicherheit, bei allen Streitigkeiten mit Arbeitnehmern eine starke Klasse hinter sich zu haben, die das Durchhalten erleichtert.“ Was all dieses für die gewerkschaftlichen Kassen bedeutet, braucht nicht näher gesagt zu werden.

5. Die Entwicklung der Kartelle und Syndikate, der Kongerne, Interessengemeinschaften, Beteiligungen, Fusionen und Kombinationen in der Industrie, ihre engen Verbindungen mit den Banken, das steigende Eindringen ausländischen Kapitals in unsere Industrien dem wir absolut nicht über den Weg trauen können, haben die Widerstände, die die Gewerkschaften finden, noch mehr vergrößert. Diese gewaltigen Kohle besitzen auch einen großen Einfluß zur Bearbeitung der Öffentlichkeit, insbesondere durch den Anlauf der Presse.

6. Das Rätewesen in Deutschland stellt die Gewerkschaften vor besonders große neue Aufgaben. Vor allem jedoch das Betriebsrätegesetz. Die Wahlen, Bildung und Unterstützung der gewählten Vertreter und der Masse im Sinne dieser Bestrebungen haben den Gewerkschaften schon eine Ansumme Geldes gekostet und es wird noch mehr dafür auf-gewandt werden müssen. Die bezirksweisen und Reichsräte werden weitere Anforderungen stellen.

7. Auch in sonstigen Organen der Wirtschaft, in den Selbstverwaltungskörpern und in der Außenhandelskontrolle, in der Versorgung des Volkes mit Lebensbedarf, in der Bekämpfung von Wucher usw. wurden die Gewerkschaften berufen, mitzubestimmen, was nicht minder gegenüber früher ihre Kräfte sehr in Anspruch nahm.

8. Das Arbeitsrecht und das gewerbliche Schlichtungswesen sind weiter ausgebaut und harren der Vollendung. Sollten die Arbeiterbelange dabei nicht zu kurz kommen, dann mußten auch die Gewerkschaftsorgane ebenfalls für das Rechtsgebiet große Aufwendungen machen. Die Rechtschutzkosten der Verbände steigern sich. Unsere Sekretäre allein haben dazu in den letzten zwei Jahren unentgeltlich über 50 000 Auskünfte erteilt, 27 000 Schriftsätze angefertigt und 8300 persönliche Vertretungen übernommen. Es etwas könnte man früher nicht.

9. Aus denselben Gründen waren auch erforderlich neue Bildungs-, Fortbildungs- und Unterstü-tzungsmöglichkeiten. Neben unserem Verbandsorgan schuf unser Verband das Jugendorgan „Der Hammer“ und das Mitteilungsblatt für Grubenmetallarbeiter, Maschinenbau und Heizer und Merkblätter für Betriebsräte. Die Branchenbewegung wurde erweitert. In sonstigen Organen und Schriften wurden neben dem Zentralblatt neu herausgegeben: die „Deutsche Arbeit“, „Das Frauenblatt“, „Die Betriebsrätepost“ und die Tageszeitung: „Der Deutsche“. Auch die örtlichen Unterrichtskurse verschlangen viel Geld, ebenso auch die Beschickung mehrwöchentlich Kurse an Universitäten und Sonderkursen zur Ausbildung von Gewerkschaftsführern usw.

Ein klassender Widerspruch ergibt sich nun, wenn neben der Verteuerung der Gewerkschaftsarbeit diese gesteigerten Ausgaben im Vergleich zu den Verbandsbeiträgen gestellt werden. Man muß sich in der Tat wundern, mit welchem Geschick es die Verbände immerhin noch verstanden haben, mit den geringeren Einnahmen gesteigerte Leistungen zu vollbringen. Ebenso wird auch noch zu untersuchen sein, welche Folgen der Sparfuss am falschen Ende aufweist und zunächst in welchem Verhältnis Geldentwertung, Lebenshaltungsteigerung, Lohnerhöhungen und Verbandsbeiträge gegenüber früher stehen, worauf wir später noch zurückkommen werden.

Wenn die Wirtschaft nicht Selbstzweck ist, sondern Dienerin überlegener Werte, so folgt daraus, daß auch die Wirtschaftspolitik nicht einen letzten, gültigen absolut eigenen Wert habe, sondern ihre Ziele und ihre Mittel immer an übergeordneten Werten und Zwecken anzuordnen müsse. Kein geringerer als Bismarck sprach den Gedanken aus, daß der Kurs der Staatspolitik keine Aneignung durch wirtschaftspolitische Zielsetzung ertrage, man müsse, um nicht in dem offenen Gegensatz zu England zu stehen, der Industrie „den Raum anlassen“. Daraus zutreffend, denn die Werte Staatspolitik und politische Daseinsicherung des Volkes sind wichtiger, als etwa die Werte Hochproduktionalität und Höchst-Export. Das Gleiche gilt für die Gesundheit, Gerechtigkeit und Kultur des Volkes: sie können nicht dem Ideal der hohen Produktionsziffern oder des höchsten Konsums geopfert werden. Volkswirtschaftspolitik ist eben nur eine Richtung des menschlichen Handelns nach Werten und Zwecken, sie bedarf der Einordnung und Angleichung innerhalb des Gesamtsystems des Handelns.

Die Erfahrungen beispielsweise der Sozialpolitik im 19. Jahrhundert haben gezeigt, daß diese Einordnung der Volkswirtschaftspolitik zuerst die übergeordneten Werte der Volksgesundheit und Volksgerechtigkeit nicht eine bloße Theorie sind, sondern einer wirklich massiven Einordnung der Werte entspricht; ihre Wirkung droht letzten Endes dem Bestand von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft selbst zu gefährden. Das ist eine Erkenntnis, erwachsen und vielfach bekräftigt auf dem Boden des krankhaften Wirtschaftswirtschafts-wuns, der ein feiner Bestand des Wissens und eine Richtung des politischen Handelns für immer sein sollte.

Kundig über das höchste Verbandsgesetz muß jedes Verbandsmitglied sein!

Darum lese nicht nur einmal, sondern von Zeit zu Zeit immer wieder das von unsern Mitgliedern auf den Verbandsgeneralsammlungen selbst aufgestellte Verbandsstatut. Lese und beherzige auch nicht nur das Verbandsstatut, sondern lerne auch das, was in den monatlichen Mitgliederversammlungen tausend die wichtigsten Einzelheiten des Statuts besprochen werden. Denn einer aufrechten, vermögensreichen, kampfbereiten Masse muß

der Inhalt des Statuts in Fleisch und Blut übergegangen sein, wenn die Forderungen erfüllt werden sollen, um dazwischen das Statut aus der Verband besteht. Darum: Wäge hier und dann wage!

## Gesteigerte Aufgaben der Gewerkschaften

W. M. Das Aufgabengebiet der Gewerkschaften war gewiß schon vor dem Kriege umfangreich. Aber während und ganz besonders nach dem Kriege sind diese Grenzen gewaltig erweitert worden. Mit der Arbeiterschaft sind die Gewerkschaften im wahrsten Sinne des Wortes die Träger der neuen Zeit geworden und es gibt nicht mehr viel, was man den Gewerkschaften nicht aufgebürdet hat. Die Frage entsteht nun: Ist die Erledigung aller dieser neuen Aufgaben ohne eine gesunde Beitragspolitik möglich? Leiden diese Aufgaben nicht unter einer langsamen, den Verhältnissen nicht Rechnung tragenden Beitragsentwicklung? Wer anders hat aber dann den Schaden zu tragen, wenn nicht die Arbeiter! Sehen wir uns die gestiegenen Aufgaben der Gewerkschaften etwas näher an.

1. Die Interessenvertretung hinsichtlich Bewegungen um Verbesserungen oder um Abwehr von Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mußte eine rasende Entwicklung nehmen. Unser Verband führte 1913 nur 263 Streiks und Lohnbewegungen, 1921 jedoch 2531. An diesen waren 1913 9792 Mitglieder oder etwas mehr als der vierte Teil unserer Mitglieder beteiligt, 1921 jedoch 782 061 Mitglieder oder im Durchschnitt jedes Mitglied bald viermal. Dabei war der erzielte Erfolg heute allgemeiner als früher, und im Jahre 1922 werden diese Bewegungen wiederum eine noch größere Zahl aufweisen.

2. Das Arbeitstarifvertragswesen hat eine ungeahnte Entwicklung und Belebung bekommen. Neunzig Prozent der Arbeitsgemeinschaften der Arbeiter und Arbeitgeber. 1913 waren wir an 66 Tarifverträgen für 2614 Betriebe und 13 924 Beschäftigten beteiligt. Diese Tarife liefen ein oder zwei Jahre unanändert weiter. Ende 1921 zählten wir hingegen 311 Tarifverträge für 13 917 Betriebe, 1 609 000 Beschäftigten und 203 679 Verbandsmitglieder. Diese Tarifverträge wurden in den Jahren 1920 bis 1921 allein 2408mal neu abgeschlossen oder mit ihren Löhnen verbessert; im Durchschnitt also jeder Vertrag achtmal. Diese Zahlen bergen eine Ansumme gewerkschaftlicher Arbeiten und geldlicher Auslagen in sich, die früher fast überhaupt nicht bekannt waren.

3. Die Entwicklung der Betriebs- und Ortstarifverträge zu Bezirks-, Landes- und Reichstarifverträgen droht bei einer schlechten Beitragsleistung erst recht zu einem gewerkschaftlichen Verhängnis zu werden. Bei den Massen, die hier in Frage kommen, ist ein stärkeres finanzielles Rückgrat der Gewerkschaften geradezu eine Lebensnotwendigkeit. Der Kampf in der süddeutschen Metallindustrie war eine bittere Lehre. Und wenn ein solcher in der bekannten Nordwestgruppe der rheinisch-westfälischen Metallindustrie kommt, dann sind mindestens 500 000 Metallarbeiter über Wasser zu halten, was in einer Woche im vergangenen Winter mehr verschlungen hätte, als das Vermögen aller drei Metallarbeiterverbände zusammen ausmachte. Die Unternehmer haben das Rechnen noch nicht verlernt und Vogelstreupolitik ist nicht am Plage, weil zuviel auf dem Spiele steht. Eine nüchterne Betrachtung der Dinge ist vielmehr notwendig; und die nüchterne Betrachtung ist zugleich die beste, nämlich diejenige, die dafür sorgt, daß möglichst viel Geld in der Kasse ist.

4. Die soziale Bewegung unserer Zeit sowie der Abschluß von Tarifverträgen hat den Arbeitgeberverbänden eine gewaltige Zentralisation und Stärke gegeben. 1913 zählte man in Deutschland noch 3 265 selbständige Arbeitgeberverbände, Ende 1921 nur noch 215 Verbände, aber für etwa 100 000 Betriebe, die acht Millionen Arbeiter beschäftigen. 1919 wurde diese völlig in den

## Grundlagen

### der Volkswirtschaftspolitik

„In der Sammlung „Staat der Arbeit“ (Ego-Verlag, Duisburg) ist als Band 10 ein Werkchen von Universitätsprofessor Dr. G. G. Briefe über den Titel „Grundlagen der Volkswirtschaftspolitik“ erschienen. Gerade für die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung ist des Werts um so mehr eine Notwendigkeit, als ihr bis jetzt ein ähnliches inhaltsreiches und treffendes Werkchen fehlte, das die Volkswirtschaftspolitik nach ihrer richtigen Fundamentierung unterrichtet. Wir geben eine Anzahl Kernsätze wieder, die wir anderen Kollegen zum Durchdenken empfehlen. Der Kampf des billigen Sachverhalts ist für die führenden Kollegen eine direkte Notwendigkeit.“

Die Wirtschaft ist nicht um ihrer selbst willen da, sondern sie ist Unterlage des einzelwirtschaftlichen Lebens, der gesellschaftlichen Wohlfahrt und der Macht des Staates, in weiterer Hinsicht der Gerechtigkeit und Kultur, die fast immer irgendwie an wirtschaftliche Voraussetzungen gebunden sind. Damit ist gesagt: das wirtschaftliche Produktionsideal, das so vielfach benutzt und andernorts die Kräfte beherrscht, ist falsch. Der Kampf der „habsüchtigen“ Produktionsziffern und des hohen Verbrauchs ist der Ausdruck eines irreführenden Wertbewußtseins, das alles Gefühl für Quantitäten verloren hat und einer zweifelhafte Remonten des Anreizsystems bedürftig ist.

Die allgemeine Bedeutung der Wirtschaft für das politische, kulturelle, sittliche und geistige Dasein eines Volkes ist schwerwiegend, andererseits greift die wirtschaftliche Verfügungsmacht, zumal im Zeitalter des Großindustrialsmus und der Arbeiterheere, so stark in das öffentliche Leben ein, daß die öffentliche Hand um ihrer selbst willen und wegen der von ihr vertretenen Zwecke keine grundgesetzliche Immunität der Wirtschaft anerkennen kann. Anders ausgedrückt: die individualistische liberale Lehre vom reinen Rechtsstaat, der der Wirtschaft gegenüber keine Aufgabe und keine Eingriffsrechte habe, ist unhaltbar, weil die gesellschaftliche Wirtschaft eben keine private Angelegenheit ist. Oder wer will im Ernst behaupten, es sei eine reine Privat-Angelegenheit, wenn die Industrie das flache Land entvölkert, in den Großstädten unerschönte und vielfach sehr bedenkliche Zusammenballungen von Menschen schafft, Gesundheit und Lebensstraft von Kindern, Frauen und Männern gefährdet, Zehntausende von Arbeitern je nach dem Wellenschlag der Konjunktur an sich zieht und abfließt, Verbände von einer Wirtschaftsmacht schafft, die Staat im Staate bilden, und über die dauernden Wohlstandsgrundlagen großer Völker nach einseitig privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten verfügt? Private Wirtschaftsmacht ist in allen diesen Fällen so gigantisch umfangreich, greift so weit in das Wohl und Wehe von Hunderttausenden und in das ganze öffentliche Leben ein, daß es ein lapidarisches Spiel mit Worten ist, zu behaupten, hier handele es sich nur um Privatangelegenheiten.

Diese Anerkennung des Rechtes und der eventuellen Pflicht des Staates zum Eingriff in die Wirtschaft darf nun ihrerseits nicht

# Aus unserem Verbandsleben

## Aus der ostpreussischen Metallindustrie.

Wohl kaum in einem Arbeitsgebiet Deutschlands bestehen soviel Gegensätze zwischen den einzelnen Berufsgruppen, wie in Ostpreussen. Das völlig abgeschlossensein, das Nichterfüllensein des Nebenmenschen fällt besonders dem Nichteinheimischen auf die Nerven. In den Kreisen der Beamten und kleinen Kaufleute beginnt sich in letzter Zeit eine Wandlung zum Besseren bemerkbar zu machen. Inwiefern bei letzteren das nur aus Geschäftsrücksichten geschieht, bleibt abzuwarten. Auch in einzelnen Regierungsstellen scheint man neuerdings der Arbeiterschaft etwas mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Nichtabgesehen sind die Verhältnisse der Arbeitnehmer alles andere als zufriedenstellend.

Wie kann auch die Arbeiterschaft zufrieden sein, wenn sie auf der einen Seite täglich größere Ausgaben für ein und dieselben Bedarfsartikel hat, auf der anderen Seite die jährlich abnehmende Haltung der Brotpreise aber vernimmt, Lohnrückstellungen gar nicht oder in ungenügender Höhe gewährt zu werden. Ein Verhandeln mit den Arbeitgebervertretern wird, von Ausnahmen abgesehen, grundsätzlich abgelehnt. In einigen Fällen teilt man dem Betriebsrat mit, was an Lohnrückstellungen gewährt wird, aber stets mit dem Bemerkung, daß es das äußerste sei, was bewilligt werden könnte und es deshalb ein Verhandeln darüber nicht gebe. Selbst der Betriebsrat hat das Angebot als unbefriedigend ab und zuft den Sachverständigen auszuwählen an, so wird er von Unternehmerseite als arbeitserföndlich, werkschädigend und was sonst nicht alles gebärdmarkt.

Daß es auch noch Arbeiter gibt, die den Unternehmern mehr glauben, als den eigenen Arbeitskollegen, ist leider eine Tatsache, sonst gäbe es keine „Gelben“ und „Unorganisierte“.

Trotzdem diese beiden Kategorien von Arbeitern am meisten über unzureichende Lohn- und Arbeitsverhältnisse klagen, fehlt doch diesen bedauernswerten Menschen der Mut, ihre Wünsche vor den Arbeitgebern zu vertreten.

Einige Hoffnungen verdienen Beachtung: Der größere Teil der Revolutions-Vertrauensleute und Betriebsabteilung sind tonangebend bei den Gelben und Unorganisierten, oder aber haben die Arbeit quittiert und treiben Handel, zu dem sie, „Machen Schiebergeschäfte“. Ein Revolutions-Vertrauensmann des sozialistischen Metallarbeiterverbandes, der damals alle „Christen“ aufzählen wollte und in gemeinsamen Betriebsversammlungen wiederholt den Antrag stellte, die christlich organisierten Arbeiter mit samt deren Beamten den Saal verlassen, ist heute in Amt und Würden bei den — Gelben.

In neuerer Zeit erfährt der Kapitalismus wieder Zuspruch auf Kosten der Gelben. Die Kalkulation der Unternehmer macht sich bemerkbar. Durch prinzipiell ablehnende Haltung unter gleichzeitiger Heberrettung einiger Aufmerksamkeiten werden die Arbeiter erst Geld, dann durch Vorenthaltung des gerechten Lohnes wieder rabfak und schließlich beginnt das Spiel wieder von neuem.

Ostpreussische Metallarbeiter! Wie lange soll das noch so weitergehen?

Soll sich das Sprichwort bewahrheiten:  
„Von den Unternehmern unbeseigt, aber von den Arbeitern verfallen.“

Der Verband der Metallindustriellen des Ostens & B., welcher der rücksichtsloseste Feind des Fortschrittes der Arbeiterschaft ist, kann uns Arbeitern als Beispiel dienen in organisatorischer Hinsicht.

Dieser Verband bringt es fertig, den Arbeitgebern den Anschluß an die Organisation zu empfehlen und die Unternehmer zu vertreten, während er im gleichen Atemzuge den Arbeitern das Vertretungsrecht durch deren Organisationen streift. Nach Ansicht dieser Kreise sind die Gewerkschaften vollständig überflüssig und stören nur das Einvernehmen zwischen Unternehmer und Arbeiter. Heuer und ähnliche Titulationen für Arbeitervertreter sind geläufige Ausdrucksformen selbst vor Schlichtungsausschüssen, was allerdings nicht gerade von guter Kinderstube zeugt.

Infolge der dauernden schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen in der ostpreussischen Metallindustrie wird in der Arbeiterschaft der Gedanke propagiert, ob es nicht besser sei, ins besetzte Gebiet zu gehen und unter französischer Herrschaft zu arbeiten, da habe man wenigstens noch auskömmlichen Lohn. Es wird erster Erwägungen, auch in Regierungsstellen, bedürfen, solcher Agitation den Boden zu entziehen.

Die drohende Auseinandersetzung in der ostpreussischen Metallindustrie im Monat Mai konnte im letzten Augenblick noch verhindert werden. Für wie lange ist angesichts der dauernden Verteuerung der Lebenshaltung und der Einstellung der Arbeitgeber nur eine Frage der Zeit, den bei einem Stundenlohn von 700 bis 800 Mark, wie er im Mai gang und gebe war, kann kein Arbeiter bestehen.

Mancherorts bricht sich in Arbeitskreisen in letzter Zeit allerdings die Erkenntnis Bahn, daß die Macht in der gewerkschaftlichen Organisation liegt, und wenn nicht alle Anzeichen trügen, hat unser christlicher Metallarbeiterverband in Ostpreussen noch ein reiches Tätigkeitsfeld. An drei Orten wurden Zählstellen unseres christlichen Metallarbeiterverbandes im Laufe der letzten Zeit gegründet, in denen frisches Leben pulsiert.

Schöne Erfolge hat insbesondere unsere junge Ortsgruppe Rosenburg (Weitz) zu verzeichnen, wo es bei der Betriebsratswahl gelang, drei Betriebsräte von insgesamt 6 zu erhalten. Andere, selbst ältere Ortsgruppen, mögen daran ein Beispiel nehmen. „Wer rastet, der ruhet.“

überpannt werden. Sie darf nicht ermittelt werden zur Tese, daß der Staat der Träger und das Subjekt der Wirtschaft zu sein habe. Mit anderen Worten, es darf das konkrete Wirtschaftsleben nicht zu einer Sphäre staatslicher Alleinverfügung und Alleinbestimmung gemacht werden. Das widerspricht sowohl dem Wesen des Staates wie dem der Wirtschaft. Der Staat ist eben nicht die ersöpfende Darleinsform des Volkes und das „Verwertwerden“ ist eben nicht die entsprechende Form des Volkslebens.

Es folgt aus dem Wesen der Verwaltung, die ihrer Natur nach auf das Allgemeine und Umfassende geht, daß sie unmöglich die ungeheure Fülle der wirtschaftlichen Handlungen, Zielsetzungen und Mittelermäßigungen regeln kann; dafür wechseln die Bedingungen und Voraussetzungen dieser Ziele und Handlungen zu sehr, dafür wechseln die Bedingungen und Voraussetzungen dieser Ziele und Handlungen zu sehr, dafür spielen zu viele „zufällige“ Momente in die Wirtschaft hinein; vor allem natürliche Tatbestände: die der Bevölkerungsbewegung, der Ernteausschlag, der Fortschritt der Technik, die Verschiedenheit lokaler und individueller Wirtschaftsverhältnisse, die besonderen Bedingungen des konkreten Produktionsprozesses usw.

Ein anderes und sicheres Verfahren ist die Interessierung der Wirtschaftler, also heute vorwiegend der Arbeiter, an der zweckmäßigen Mittelverwendung: sie kann erfolgen durch Prämien, durch hohe Löhne, aber das wiederum sind Aufwendungen, die als Kosten auf die Produktion fallen und sie in ihrem Verlauf belasten. Das zuverlässigste Mittel ist das Selbstinteresse des einzelnen Wirtschaftlers. Wenn die mangelnde Ökonomie im Verbrauch und im Kräftefluß zu seinen eigenen Lasten geht, richtet er seine Sorgfalt

Deshalb, Ostpreussische Metallarbeiter! Trich auf zum fröhlichen Zagen.

An die Arbeit zur Stärkung unserer Reihen. Wiese, die zu uns gehören, stehen abseits, diese zuerst zu gewinnen, ist das nächste Ziel.

Wallau (Kr. Biedentopf). Ein stiller, treuer Kämpfer ist von uns gegangen. Am 12. Mai starb nach langem, schwerem Krankenlager unser Kollege Jakob Städer. In ihm verlorer wir einen der Mitbegründer unseres christlichen Metallarbeiterverbandes im oberen Rahatal. Als im Jahre 1908 der Kollege Weber unsern Verband auch im Kreis Biedentopf ins Leben rief, da war es neben einer Anzahl gleichgesinnter Metallarbeiter auch der Kollege Städer, welcher aus Überzeugung dem Kollegen Weber Gefolgschaft leistete. Und diese Überzeugung von dem Ideal unserer christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung hat er in fast 20jähriger Treue seinem Verband gegenüber als stiller Kämpfer betätigt. Trotz Mangel und Aussperrung im Gründungsjahr 1908, der kurz darauf einsetzenden gelben Schmuckkonturen, hat Städer die gelobte Gefolgschaft seinem Führer gehalten und in treuer Waffenbrüderlichkeit mit seinen Gefinnungsgenossen die Fahne seiner Organisation, die er als die richtige anerkannt hatte, über Krieg und Revolution hinaus in die Sturmbeugezeitigkeit des neuen Deutschlands getragen; ein leuchtendes Vorbild der heranwachsenden Generation in seiner stillen festgesetzten Art. Mag auch sein Leib im Grabe modern, sein Geist wird in den Reihen seiner Kollegen weiterleben unvergänglich. Er ruhe in Frieden.

Milzberg. Eine Gedenkfeier für unsere im Weltkriege gefallenen Helden hielt unsere Verwaltungsstelle am 28. April ab. Der große Saal des Lehrverhulms war dichtbesetzt und der Leiter des Abends, Kollege Eschenlohr, konnte neben den rund 1000 Kollegen und Kolleginnen die Gefälligkeit beider Konfessionen begrüßen. Er wies auf die Bedeutung des Tages hin, die den im Weltkriege gefallenen Helden der Verwaltungsstelle Milzberg gelte. Unvergesslicher Dank sei ihnen zu sagen, die damals draußen Heim und Hof gelüßt hätten und zum Gedulden an diese gefallenen Brüder und Kollegen habe die Verwaltungsstelle eine große Ehrenfahne mit den Namen der Gefallenen anfertigen lassen. Nach einigen wohlgeleitungen Liebesworten und Deklamationen erlesste Kollege Eschenlohr unsern Verbandsredakteur, Kollegen Georg Weber, das Wort zu seiner Gedächtnisrede. Kollege Weber streifte kurz die augenblichliche politische Lage, in die Deutschland gekommen sei und betonte, daß die christliche Metallarbeiterkassell Deutschlands durch nichts in ihrer Treue zum deutschen Vaterlande wandeln gemacht werde. Das Beispiel unserer Tapferen, die im Weltkriege fielen, müsse zündend alle Kreise erfassen. Nichtswürdig sei eine Nation, die bei einem Angen auf Leben und Tod, nicht über den Tagesstrom hinauszufliegen vermöge. Wenn wir unserer Bräuen gedenken, wollen wir uns selbst stärken, denn nur das Volk ist großer Mäner wert, das seine Männer auch ehrt. Unsere Kollegen seien für die deutsche Sache, aber auch für die Arbeiterfrage, für den Aufstieg unseres Staates. Die Fahne, die ihrer Hand entsank, sollen die Nachfolgenden aufnehmen, die Fahne mit der Inschrift: Christlich — national — demokratisch — sozial. Stürmischer Beifall dankte dem Redner für seine zu Herzen gehenden Worte, für die Kollege Eschenlohr den Dank der Versammlung aussprach.

Darum nahm er die Enthüllung der Ehrenfahne, der Arbeit eines Münchener Kollegen, die ungeteilte Beifall fand, vor. Bezirksleiter, Kollege Konrad, legte im Namen des Bezirks einen Kran an der Tafel nieder und gedachte ebenfalls in bewegten Worten der gefallenen Kollegen. Der aufgeregte stimmvolle Gesangchor umrahmte die Feier mit passenden Liedern. Zu erwähnen sind noch besonders die Ausführung der „Müllschene“, deren Darstellung trotz der schwierigen Aufgabe gut gelöst wurde, ebenso „Germanias Totenklage“ und der Reigen der „Zühwischen Jäger“, womit die Gedächtnisfeier ihren Abschluß fand.

Am Mittwoch, 2. Mai, fand im großen Saale des Gesellenheimes eine allgemeine Kartellversammlung statt, die einen sehr guten Besuch aufwies. Bezirksleiter, Kollege Konrad, begrüßte im Namen des Kartells die Erschienenen und besonders den Redner, Verbandsredakteur, Kollegen Georg Weber, den man für eine Anzahl Beiträge im bayerischen Bezirk gewonnen habe. Der Referent behandelte in 15köndigen Ausführungen die Fragen des Tages, wobei er das innen- und außenpolitische Getriebe der letzten Monate in das rechte Licht rückte und behandelte dann in ausführlichen, liegegebenden, grundsätzlichen Darlegungen die Aufgaben unserer Bewegung um die Neugestaltung der Gesellschaft, der Wirtschaft und den Neuaufbau unseres Vaterlandes. Vier Ideenränge rängen um die Zukunftsgestaltung des deutschen Volkes: Arbeitergemeinschaft oder Klassenkampf; Gemeinwirtschaft oder Gruppenegoismus; Volksgemeinschaft oder Kollektivismus, Christentum oder Atheismus. An diesen vier Störungen untersuchte nun der Referent die Bedingungen für einen Volksaufstieg und kam zu dem schließlichen Resultat, daß nur der Geist der christlichen Gewerkschaften den Aufstieg möglich mache. Unsere Stellung zu den ethischen Zielen, zu Volk und Staat, zu Gesellschaft, Wirtschaft und Privateigentum führte der Referent in eindringlichen Worten vor Augen und schloß seine Ausführungen mit einem Appell an alle Kollegen, eifrig in der Agitation ihren Mann zu stehen und niemals darin zu erlahmen. Nachdem sich der Beifall gelegt hatte, sprach Bezirksleiter, Kollege Konrad, Kollegen Weber den Dank der Versammlung aus. In der folgenden Diskussion wurde von einigen Kollegen gerade die Notwendigkeit der grundsätzlichen, Schulung hervorgehoben und betont, daß nur dadurch in den Disparorgenden die Idee der christlichen Gewerkschaften zum Siege geführt werden könne. Gegen elf Uhr fand die Versammlung ihr Ende.

auf die möglichste Wirtschaftlichkeit des Verbrauchs, auf den höchsten Nukheit des Aufwandes.

Das Wirtschaftsleben im ganzen bedarf unbedingt der Sparlichkeit der Mittelverwendung des zweckmäßigen Kraftanlasses; schaltet man die Selbstverantwortung und das Selbstinteresse ganz aus, so entfallen die Sicherungen der höchsten Wirtschaftlichkeit.

Zweifellos wird eine Entlastung von der Selbstverantwortung die Motive zu ihr verkleinern lassen, viele wirtschaftlich, kulturell und pädagogisch wertvolle Eigenschaften werden sich zurückbilden: Unternehmungsgeist, Selbständigkeitsverlangen, Laifkraft, Arbeitsamkeit, Fernbegier, Sorgsamkeit bei der Arbeit usw. Es würden die Quellen der persönlichen Wirtschaftsentergie verlegen.

Wirtschaftspolitik muß in ihren Maßnahmen Rücksicht nehmen auf die Dauer der Volkswirtschaft, auf ihre Zukunft. Sie darf nicht beispielsweise in einer gigantischen Kraftanstrengung oder in einem Überkonsum zugunsten der Gegenwart die Zukunft gefährden. Es müssen die Unterlagen und Voraussetzungen des Lebens und Wirtschaftens auch der kommenden Generation gesichert werden. Das ist die Aufgabe der Kapitalbildung. Wie das Leben vom Kapital die Einzelwirtschaft der Rettung oder dem sicheren Untergang zuführt, so auch die Volkswirtschaft.

Jede Volkswirtschaftspolitik, zumal heute, hat zwei Aufgaben gegenüber dem volkswirtschaftlichen Produktivkapital: die Aufgabe, es zu erhalten und es zu vermehren. Da die Kapitalbildung sich herkömmlich durch das Sparen der privaten Einzelwirtschaften

## Streiflichter

### Die Mannen der „Cat“

Vom Treiben der Kommunisten in den letzten Wochen im Ruhrrevier weiß die sog. „Fergarbeiterzeitung“ Nr. 24 allerdings Ernstes und Ergößliches zu melden. Die nachfolgenden Tatsachen zeigen deutlich den Wert der „proletarischen Aktionisten“ und das eigentliche Ziel derselben. Unser Verband ist schärfter Gegner aller dieser „Aktionen“.

Der Generalkonvent auf dem Friedhof. Zu welchen Verirrungen die kommunistischen Ideen führen, zeigt das Erscheinen einer kommunistischen Hundertschaft auf dem Dortmunder Friedhof. Wie der „Westf. Allg. Volksz.“ berichtet wird, wurden die Friedhofsgärtner gezwungen, die Arbeiten einzustellen, die städtischen Leichentransportautos wurden angehalten mit der Begründung: „Wir wollen unsere Toten schon allein in die Erde kriegen, die Dicksäuge mögen so verkaufen.“ Den Friedhofsgärtner wurde gedroht, wenn sie weiter arbeiten würden, könnten sie ihre Knochen in den Gräbern zusammenfuchen. Die Hundertschaft hatte ferner den schon gemeldeten Überfall auf die Schupotafarne vorgenommen. Ihrem Treiben wurde eine Erde geschüttet durch das Erscheinen einer Polizeiposteilung aus Dortmund. Die Hundertschaft wurde mit einer Tracht Prügel heimgeschickt.

Kommunistische Kontrollauschüsse. „Bildet proletarische Bezirkskontrollauschüsse!“ so rufen die Kommunisten dem Proletariat zu. Während des Putztes gab es in Dortmund, Bochum und Gelsenkirchen reichlich solcher Ausschüsse, d. h. die kommunistische Parole wurde überall gut befolgt. Daß solche wilde Kontrollauschüsse naturgemäß zu einem groben Unfug ausarten müssen, ist selbstverständlich.

In Gelsenkirchen zum Beispiel drangen die Kontrollauschussmitglieder der Hundertschaften in die Kaufhäuser hinein und ließen willkürlich die Preise herunter. In einem Laden wurde der Preis für Mehlwurk auf 2000 Mark „festgesetzt“. Von dieser billigen Kurst kauften sich zuerst die Kontrollauschussmitglieder je 5 Pfund, nach ihnen kamen die Mannschaften der Hundertschaft an die Reihe. Damit war der Vorrat erschöpft und das Volk bekam nichts mehr. Die Folge dieser Preisfestsetzung ist, daß in Gelsenkirchen in den nächsten Tagen nur schwer Lebensmittel zu erhalten waren.

Der Konsumverbot. „Wohlfahrt für Bochum und Ungegend“ teilt mit, daß auch in seinen Bezirkenstellen die „Genossen vom Kontrollauschu“ erschienen, behaupteten aber „sonstwie armiert“, hinter ihnen trauten sich die „Spinnen des Schlachtfeldes mit Einkaufsförden“, Leute, die sonst nicht im Konsum kaufen, um im geeigneten Moment „einzutaufen“. Diese Kauflinge, die sich „Genossen vom Kontrollauschu“ nannten, mußten sich von den Leitern der Betriebsstellen ein Privatstimmum über die Genossenschaftsbewegung halten lassen, weil ihnen diese eine unbekannte Sache war. Die Betriebsstellen richteten eiligst einen Selbstschutz ein, um ihr Eigentum vor der „Erfassung der Sachwerte durch das Proletariat“ zu schützen.

Das sind die „Erfolge“ kommunistischer Agitation!  
475 Millionen Lohngeber

stahlen die Kommunisten aus Buer auf der Zeche Hugo in den Putztagen. Das Geld wurde der Zeit entsprechend, in der unterirdischen Geschloftkammer aufbewahrt. In der Nacht vom 27. zum 28. Mai stieg der kommunistischer Emil Materna aus Buer mit den Spitzhaken: Jakob Jäger und dem Ruffschpölen Julius Hoff den Schacht herunter (475 Meter Tiefe). Man durchsagte die erste Tür mit einer Metallkette, schloß obigen Betrag und flüchtete wieder heraus. Die Polizei hat zwei der Täter beim Schlawitzchen, Reich fehlt noch. 321 Millionen Mark sind schon wieder herbeigeschafft.

### Erbärmliche Schmierereien

Die kommunistische Presse drängt sich auch an die katholischen Arbeiter heran, um sie für den revolutionären Sozialismus zu gewinnen. Das „Ruhr-Echo“ gibt sich sogar den Anschein, als seien die Kommunisten nur die einzigen wahren Hüter der Interessen der christlichen Arbeiterschaft. Es ist deshalb gut, wenn die kommunistische Presse so ab und zu ihr wahres Gesicht zeigt, damit ihre Scheinheiligkeit erkannt wird. Die „Schlesische kommunistische Arbeiterzeitung“ vom 5. Juni 1923 veröffentlicht einen Bericht über die in Breslau stattgefundenen Kronleuchnamspredigten. Dabei wurden folgende gotteslästerliche Worte niedergeschrieben:

„Im heidnischen Altertum war es Sitte, daß bei festlichen Gelegenheiten, z. B. bei den Zirkusspielen, die Höfen in Prozession überhergetragen wurden. Dieser Brauch hat die katholische Kirche übernommen. Alljährlich, am sogenannten Kronleuchnamstage, wird ein aus Holz gemacht gebadener Göze, die sogenannte Hostie, in der ihr Christen übergeben soll, umhergetragen. Ein solcher Wusung fand am Donnerstagsvormittag in Breslau rund um den Dom statt. Eine Menge Pfaffen, Seifschwefelern, Mönche und Nonnen, sowie Vereine und händeliche Korporationen mit ihren Fahnen hatten sich eingefunden, um dieser mittelalterlichen Kummel mitzumachen. Das „Werkheiligt“ trug Kardinal Weizsäcker, angeleitet mit goldstrotzenden Gemändern, in die sich auch die anderen Oberpfaffen gesüßelt hatten.“

Jeder christliche Arbeiter ist von Entrüstung erfüllt ob dieser Schmähung der christlichen Religion. Für die katholischen Arbeiter bedeutet es ein Schlag ins Gesicht, daß kommunistische Zeitungen es wagen, solche gotteslästerliche Zeilen niederzuschreiben. Hier hat sich der Kommunismus selbst entlarvt.

vollzieht, und nach Adolf Wagner sich so am zuverlässigsten vollzieht, da gleichzeitig die Kapitalerhaltung und Kapitalanlage überwiegend in den Händen der Privatwirtschaft liegt, so folgt für die Volkswirtschaftspolitik, daß sie die Motive zur Kapitalbildung und Kapitalerhaltung nicht schwächen oder gar vernichten darf. Das schließt nicht aus, daß unter Umständen ein Volk für gewisse Zeit von der Substanz des Kapitals lebt; das Reich beispielsweise hat im Kriege wirtschaftspolitische Maßnahmen ergriffen, die geradezu darauf ausgingen, Kapital zu mobilisieren und in Verbrauchsgut zu verwandeln. Das war notwendig, weil der höhere Zweck dahinter stand, Staat und Volk in ihrer politischen Sicherheit zu erhalten. Über das Leben vom Kapital kann in jedem Fall nur eine kurzfristige Ausnahme sein; durch erneute Anspannung der Kräfte muß nachher die angegriffene Kapitalsubstanz auf die Höhe wiederhergestellt, die die Lebensfähigkeit des Volkes und die Kraft des Staates dauernd sichern.

Ebenso wenig wie die Wirtschaftspolitik der Unterkapitalisation ruhig zusehen darf, darf sie der Unterkonsumtion latentlos zusehen. Einmal deswegen nicht, weil absolute Unterkonsumtion auf jeden Fall am wertvollsten Produktivkapital der Volkswirtschaft acht, an der menschlichen Arbeitskraft, an der Arbeitsfreude und der Arbeitskultur. In der Sorge für die Bildung und Vermehrung des Realkapitals und unter der Gunst reichlichen Angebots von Arbeitskräften wurde sehr oft die fundamentale Bedeutung der menschlichen Arbeit als des wichtigsten Produktivkapitals der Nation übersehen oder unterschätzt; zumal in Zeiten empfindlicher Wirtschaftsentfaltung und des starken Wirtschaftsaufstieges, wie sie vor dem Kriege da waren.

# Für unsere Betriebsräte

**Änderung im Betriebsrätegesetz.**  
Durch Gesetz vom 29. April ist der § 87 des Betriebsräte-Gesetzes wie folgt geändert worden:

**§ 87.**  
Über den Einspruch (§ 84) wird im gesetzlichen Schlichtungsverfahren endgültig entschieden.  
Geht die Entscheidung dahin, daß der Einspruch gegen die Kündigung gerechtfertigt ist, so ist zugleich für den Fall, daß der Arbeitgeber die Weiterbeschäftigung ablehnt, ihm eine Entschädigungspflicht aufzuerlegen. Die Entschädigung bemisst sich nach der Zahl der Jahre, während derer der Arbeitnehmer in dem Betrieb insgesamt beschäftigt war, und darf für jedes Jahr bis zu einem Zwölftel des letzten Jahresarbeitsverdienstes festgesetzt werden, jedoch im ganzen nicht über sechs Zwölftel hinausgehen. Die einzelnen Bestandteile des Jahresarbeitsverdienstes sind mit einem Betrag in Anbetracht zu bringen, der zur Zeit der Entscheidung maßgebend ist. Die Höhe der Entschädigung richtet sich nach der Zahl der Jahre, während derer der Arbeitnehmer in dem Betrieb insgesamt beschäftigt war, und darf für jedes Jahr bis zu einem Zwölftel des letzten Jahresarbeitsverdienstes festgesetzt werden, jedoch im ganzen nicht über sechs Zwölftel hinausgehen. Die einzelnen Bestandteile des Jahresarbeitsverdienstes sind mit einem Betrag in Anbetracht zu bringen, der zur Zeit der Entscheidung maßgebend ist. Die Höhe der Entschädigung richtet sich nach der Zahl der Jahre, während derer der Arbeitnehmer in dem Betrieb insgesamt beschäftigt war, und darf für jedes Jahr bis zu einem Zwölftel des letzten Jahresarbeitsverdienstes festgesetzt werden, jedoch im ganzen nicht über sechs Zwölftel hinausgehen. Die einzelnen Bestandteile des Jahresarbeitsverdienstes sind mit einem Betrag in Anbetracht zu bringen, der zur Zeit der Entscheidung maßgebend ist.

**Vorzugs des Gewerkschaftsbeitrags an Betriebsräte im Aufsichtsrat.**  
§ 70 WRG, § 246 HGB.  
Die Werkfirma ist verpflichtet, dem Beschwerdeführer den Gewerkschaftsbeitrag der Aktiengesellschaft vorzulegen. Für den Fall, daß der Gesamtbetriebsrat sich nicht im Besitze eines Verzeichnisses der Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder befindet, sind deren Namen dem Beschwerdeführer zur Kenntnis zu bringen.  
Auf Grund des § 70 des WRG über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat vom 15. Februar 1920 sind auf die in den Aufsichtsrat entsandten Betriebsratsmitglieder Anwendung, welche für die übrigen Aufsichtsratsmitglieder gelten. Da der Werkverein der Gewerkschaftsform nach eine Aktiengesellschaft ist, kommen für die Aufsichtsratsmitglieder die §§ 243ff. des Handelsgesetzbuches in Frage. Es kann nun aber kein Zweifel darüber bestehen, daß die Aufsichtsratsmitglieder, wenn sie ihre ihnen gemäß § 246 a a D. zugewiesenen Aufgaben erfüllen wollen, Kenntnis des Gesellschaftsvertrages sowie der Namen der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder haben müssen. (Entsch. d. Bergverwaltungsamt zu Essen v. 21. 11. 22 Nr. 3134/22; unveröff.).

**Der Betriebsausschuss ist nicht berechtigt, diejenigen Mitglieder des Betriebsausschusses zu bestimmen, die von der Arbeit zu befreien sind.**  
Die Auswahl der vom Dienst zu befreienden Betriebsratsmitglieder hat vielmehr in allen Fällen von dem gesamten Betriebsrat nach den Grundsätzen der Verhältniswahl zu erfolgen. (Entscheidung des Vorl. Reichswirtschaftsrats vom 2. Mai 1922 - Nr. 474.)

**Aus den Gründen:**  
Zunächst ist festzustellen, daß es dem Arbeitgeber unbenommen ist, freiwillig zu bestimmen, ob und wieviel Mitglieder des Betriebsrates er von der Betriebsarbeit freistellen will. Wenn jedoch zwischen der Betriebsvertretung und dem Arbeitgeber über die erforderliche Anzahl der vom Dienst zu befreienden Betriebsratsmitglieder entschieden ist, so entscheidet hierüber der Reichswirtschaftsrat. Dementsprechend hat der Reichswirtschaftsrat auch darüber zu entscheiden, ob die Auswahl der Dienstbefreiten im Sinne und den Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes entsprechend erfolgt ist. Bei Prüfung dieser Frage sind folgende Gesichtspunkte zu beachten:  
Unanfechtbar liegt die Führung der Betriebsgeschäfte vorzugsweise in den Händen derjenigen Betriebsratsmitglieder, die sich bei Dienstbefreiung ausschließlich dieser Tätigkeit widmen. Wenn daher nur Mitglieder einer Organisation vom Dienst befreit sind, so wird die Geschäftsführung tatsächlich von einer bestimmten Richtung ausgeübt. Ein solcher Zustand steht aber mit dem Geiste des Betriebsrätegesetzes in Widerspruch und ist vom Gesetzgeber nicht

gewollt. Denn das Betriebsrätegesetz ist durchdrungen von dem Gedanken, Schutz der Minderheit. Infolgedessen muß festgestellt werden, ob das Gesetz Bestimmungen kennt, bei deren Anwendung der Schutz der Minderheit nach Möglichkeit sichergestellt ist. Das Betriebsrätegesetz enthält solche Bestimmungen. Die Wahl zum Betriebsausschuss hat ebenso wie die Wahl des Betriebsrates nach den Grundsätzen der Verhältniswahl zu erfolgen. Die gleichen Grundsätze der Verhältniswahl müssen demgemäß nach Auffassung des Reichswirtschaftsrates auch bei der Auswahl derjenigen Personen angewandt werden, die tatsächlich die Geschäfte führen, das sind die vom Dienst Befreiten. Für die Wahl des ersten und zweiten Vorsitzenden des Betriebsausschusses enthält das Gesetz allerdings die besondere Ausnahmebestimmung, daß ihre Wahl mit einfacher Stimmenmehrheit erfolgt. Aus dieser Bestimmung kann aber nicht gefolgert werden, daß die Auswahl der vom Dienst zu Befreienden ebenfalls mit einfacher Stimmenmehrheit erfolgen darf. Denn mit der Wahl zu Vorsitzenden ist nicht ohne weiteres Dienstbefreiung verbunden.  
Die Auswahl der vom Dienst zu Befreienden ist vielmehr eine neue, selbständig für sich bestehende Handlung, und deswegen können die Vorschriften über die Wahl der Vorsitzenden auf die Dienstbefreiungswahlen keine Anwendung finden.  
Die Wahl der vom Dienst zu Befreienden ist aber nicht nur eine ausschließlich die Arbeitnehmer angehende Sache, sondern der Reichswirtschaftsrat hält es für geboten, daß sich auch der Arbeitgeber insofern um diese Angelegenheit kümmert, als er prüft, ob die Wahl der ihm zur Dienstbefreiung Vorge schlagenen in ordnungsmäßiger Weise stattgefunden hat. Er gibt sich bei dieser Prüfung, daß die vom Dienst zu Befreienden nicht nach den Grundsätzen der Verhältniswahl ausgewählt wurden, so hat der Arbeitgeber dem Betriebsrat seine Zustimmung zu verweigern. Da in dem vorliegenden Falle die Auswahl der vom Dienst zu Befreienden nicht nach den Grundsätzen der Verhältniswahl, sondern nach einem Verfahren stattfand, das nach Auffassung des Reichswirtschaftsrates mit dem Betriebsrätegesetz nicht im Einklang steht, so war, wie gesehen, zu erkennen.

**Vorzugs der Betriebsbilanz.**  
(Aus der Entscheidung des Vorl. Reichswirtschaftsrats vom 5. September 1922 - Nr. 568/527.)  
Gründe:  
§ 2 Abs. 2 des Gesetzes über die Betriebsbilanz und die Betriebs-Gewinn- und Verlustrechnung (Reichsgesetzbl. 1921 S. 159) lautet: „Gehören zu einem Unternehmen mehrere Betriebe, so muß bei Vorlegung der Betriebsbilanz, soweit es die Eigenart des Unternehmens und der dazu gehörigen Betriebe gestattet, die Geschäftslage der einzelnen Betriebe erläutert werden.“ Diese Forderung beruht auf den Beschlüssen des Ausschusses für soziale Angelegenheiten (Nr. 1409 der Reichstags-Sachen 1. Wahlperiode 1920/21). Die Regierung hatte dem Reichstage einen Entwurf vorgelegt, der in § 1 Abs. 2 vorschlug, daß, falls zu einem Unternehmen mehrere Betriebe gehören, die Betriebsbilanz unter gewissen Voraussetzungen die Geschäftslage der einzelnen Betriebe erkennen lassen müsse. Bei Vorlegung dieses Entwurfes führte die Regierung aus, daß der Reichswirtschaftsrat den Wunsch geäußert habe, es solle, falls zu einem Unternehmen mehrere Betriebe gehören, der Betriebsrat auch über den Stand der Einzelbetriebe unterrichtet werden. Dies sei deshalb nicht angängig, weil die für solche Einzelbetriebe zu ermittelnden Sonderübersichten keine Bilanzen im Sinne des Handelsgesetzbuches, und damit auch im Sinne des Entwurfes, seien. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat habe sich dieser Auffassung angeschlossen und glaube seinerseits, daß es zweckmäßig sei, hinsichtlich der Einzelbetriebe lediglich vorzuschreiben, daß bei Vorlegung der Betriebsbilanz die Geschäftslage der Einzelbetriebe erläutert werde.

In der Debatte im Ausschuss wünschte ein Ausschussmitglied § 72 des Betriebsrätegesetzes dahin ausgelegt zu wissen, daß eine Betriebsbilanz für den Teil des Unternehmens, für den ein Betriebsrat besteht, verlangt werden könne. Diese Auffassung fand keine Unterstützung, nachdem von verschiedenen Abgeordneten die praktische Durchführung als unmöglich bezeichnet worden war. Ein Regierungsdirektor erklärte hierzu, begrifflich gäbe es nur eine Bilanz, und zwar die Bilanz für das Unternehmen. Soweit in der Praxis Uebereinstimmungen für einzelne zu dem Betriebe gehörige Unternehmen aufgestellt würden, handelte es sich nicht um Bilanzen im Rechtssinne. Auf Grund dieser Erwägungen wurde ein Änderungsantrag Nr. 19, § 72 2 angenommen, der der letzten Fassung des Gesetzes entspricht und klarstellt, daß, falls zu einem Unternehmen mehrere Betriebe gehören, bei Vorlegung der Betriebsbilanz, soweit es die Eigenart des Unternehmens und der dazu gehörigen Betriebe gestattet, die Geschäftslage der einzelnen Be-

triebe erläutert werden muß. Es unterliegt nach diesen Verhandlungen im Ausschusse keinem begründeten Zweifel, daß damit die Interessen von der Vorlegung von Teilbilanzen für die einzelnen Betriebe befreit werden sollten.  
Unter diesen Umständen sind die Anträge der technischen Büros der S.-G.-Werke in D. und L. abzuweisen, wobei es dahingestellt bleiben kann, ob diese technischen Büros, was unter den Parteien noch bestritten ist, im Einzelnen eine größere oder geringere Selbstständigkeit gegenüber der Zentrale besitzen.

**Gesetzliche.** In den Tagen des letzten Kommunismus hat man allerhand Gestalten im Industriegebiet kennen gelernt. Auch solche machten sich bemerkbar, die in ihrer Grundhaltbarkeit nach dem Spruch handelten: „Zwei Seelen wohnen in meiner Brust!“ Eine solche ist auch der Betriebsratsvorsitzende der Schiffbau-Fabrik K. Kupperbusch, Sohn E.-G. Als die Kommunisten zum Generalkongress aufriefen, versammelten sich auch die Arbeiter genannter Firma um über den Eintritt in den Streik zu beraten. Herr Schlaeger, das ist der Name des Betriebsratsvorsitzenden, sprach zu den versammelten Kollegen und was er rebete war vernünftig und gut, und gerade deshalb sein Tun um so schändlicher, verderblicher und feiger. Und die Tat ist doch entsetzend und nicht das Wort. Er sprach: „Lacht euch Kollegen in eurer Arbeit nicht stören, es ist schon so genug das graufigen Spiels und nur das Geld vermehrt sich im Nichtstun. Wir sind für Freiheit der Arbeit und der Person usw.“ Das gefiel der Belegschaft und sie alle waren ja auch arbeitswillig, so daß die Worte guten Boden fanden. Doch nun geschah etwas, was die Trübsal der Worte zerriss. Schlaghaft klagte vom Podium herunter und sprach laut für sich, so daß die umliegenden Kommunisten, Unionisten und Unorganisierten es wohl vernehmen mußten, folgendes: „So ich verlasse jetzt die Arbeit, was die Belegschaft weiter macht, kümmert mich nicht.“ So hatte dieser Betriebs- und Betriebsratsvorsitzende die „gewerkschaftliche Ehre seines Verbandes des D.-M.-B. gewahrt“, das Betriebsrätegesetz „beachtet“ und zugleich, das war ja die Hauptsache, seine kommunistische Gefinnung nicht bestet und in Mitleid gebracht. Die Situation, die so geschaffen worden war, suchten die Kommunisten aus, indem sie den verlappten Redner Schlaghaft abhießen und ganz gehörig ins Streikthorn bliesen und zwar mit Erfolg. Die Belegschaft fertete, trotz aller Festschichten die ihr schon die Ruhrbelegung gebracht hatte. Schlaghaft gehört nicht mehr an den Platz an dem er steht, fort mit ihm.

**Wo bleiben die Gelder der Union?**  
Die unionistische Schachtorganisation Mont Cenis I/III macht folgendes (genau abgeschrieben) auf der Jede bekannt:  
„An die Kameraden der Union!  
Kameraden hermit fordere ich Euch alle auf die Beiträge zu setzen und verlangen daß die restlose Aufführung über die Sinnverbrannte Führung im letzten Streik, welche uns in den Abgrund gebracht hat erbracht wird, denn durch Ihre Kurznichtigkeit haben sie uns unserer durch viele Jahre mit großer Mühe aufgebaute Organisation das Grab gegeben. Nehmen Pfennig den Bogen und Totengräbern im Ruheverier, wer das tuht verflucht sich an seiner Familie.  
Der Obmann der Union, gez. Reinfels.  
An die Untertassierer der Union!  
Hermit fordere ich die U. R. (Untertassierer, D. B.) auf sich beim Hauptkassierer Grufsch zwecks abrechnung einzufinden, damit ich die Mitglieder fragen kann was mit dem Geld geschehen soll.  
Der Obmann der Union, gez. Reinfels.  
Wir brauchen nichts weiter hinzuzufügen.“

## Bekanntmachungen

Da die Beiträge immer im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, 1. Juli der 27. Wochenbeitrag für die Zeit vom 1.-7. Juli und Sonntag, 8. Juli der 28. Wochenbeitrag vom 8.-14. Juli fällig.  
Ortsverwaltung Düsseldorf.  
Die Ortsverwaltung Düsseldorf erhält die Genehmigung zur Erhebung folgender Beiträge: Die 1. Beitragsklasse ist Pflichtklasse für alle Lohnarbeiter und sämtliche Handarbeiter über 20 Jahre. Die 2. Beitragsklasse gilt nur für Hilfsarbeiter, die nicht im Arbeit arbeiten. Nach diesem Beschluß besteht Verpflichtung aller in Frage kommenden Kollegen die 1. Beitragsklasse zu zahlen.

## Sonstige Anzeigen

Suche per sofort tüchtigen selbständigen  
**Ziseleur**  
für Kunst-Guss und Bronze-Figuren, sowie einen gewandten  
**Stahlgraveur**  
für Medaillen- und Abzeichen-Stempel. Ledige werden wegen Wohnungsmangel bevorzugt.  
Carl Poehlf, Münz- u. Prägestatt, Kunstscherelei, Schrodenshausen, Obb.

Keinem Hause sollte eine Schwarzwälder Kuckuckuhr fehlen.  
Ich liefere solche in Friedensqualität Höhe 30 cm. prachtvoll geschmückt, solid u. dauerhaft gearbeitet, mit la. Messingwerk, halbstündig einmal u. stündlich die volle Stundenzahl, Kuckuckrufend für nur M. 50.00 das Stck. Versand per Nachnahme. Porto u. Verpackung werden nicht berechnet. Zahlreiche freiwillige Dankschreiben. Bestellen Sie sofort, bevor der Vorrat verkauft ist.  
Erich Lutz, Leipzig-R. 3, Elsastr. 6

**Technische Bücher**  
Verzeichnisse kostenfrei  
Dr. Max Jänecke, Leipzig  
Hospitalstraße 10.

**Wie erlange ich Fachkenntnisse?**  
durch Selbstunterricht 4.50. — Der technische Beruf 4.30. — Rechtschreibung 4.30. — Deutsche Sprachlehre 4.30. — Techn. Rechnen 4.60. — Arithmetik und Algebra 4.90. — Eisen- und Stahlgewinnung 4.30. — Gewinnstabellen 4.20. — Geschäftskunde 4.70. — Hierzu Teuerungszuschlag. Gegen Nachnahme zu beziehen durch Versandbuchhandlung Johann Adel, Frankfurt am Main (West 13), Bismarckallee 60.

**Rechnen für Metallarbeiter**  
Zum Gebrauche an gewerblichen Schulen und zum Selbstunterricht von P. Brückner, W. Hosang und A. Kruschwitz (Berufsschullehrern in Leipzig). Preis 1.20 Mark. Lösungen dazu 30 Pf. Preisliste 137 kostenlos und portofrei.  
Die angegebenen Preise sind Grundzahlen — Vorkriegspreise — die jeweils mit der vom Börsenverein der deutschen Buchhändler herauszugebenden Teuerungszahl zu multiplizieren sind.

**Oskar Leiner, Buchhandlung f. Technik**  
Leipzig, Königstraße 26 B.  
Schriftleitung: Georg Wieber. Verlag: Franz Wieber, Duisburg  
Druck: Vereinigte Verlags- und Druckerei-Gesellschaft m. B. H. (Eiche am Niederrhein & G. Köllen), Duisburg

## Der Dampfhammer

Von Franz Böttcher  
(Schluß.)

Bei James Ramsays Rückkehr erfährt er wohl von dem ehrenvollen Besuch der Ausländer, aber der weitere Gastell verschwiegen, wohl weil ihm doch Bedenken gekommen waren, ob er recht gehandelt, daß er die Pläne des Dampfhammers preisgegeben.

Ein Jahr später fügte es sich, daß James geschäftlich nach Frankreich reisen mußte. Diese Gelegenheit benutzte er, der Firma Kreuzot keinen Gegenbesuch zu machen. Die Besitzer des Werkes führten den Gast durch ihr Riesenabstimmement. Da fiel James Blick auf eine riesige geschmiedete Kugel-Röhre.

„Alle Wetter!“ rief er erstaunt und bewundernd aus, „wie haben Sie dies Kunststück fertig gebracht?“

„Ihre Frage, Herr Ramsay, macht uns einigermaßen erschauern! Kommt anders könnte wir den Riesen schmiedetechnisch bezwingen, als durch Ihren — Dampfhammer!“

„Durch meinen — was?“  
„Ja, durch Ihren Dampfhammer! Sie geben uns doch, aber richtig, Ihr Herr Kompanion, die Zeichnungen Ihrer Erfindung, die sich, wie Sie sehen, glänzend bewährt hat!“

„Nun wird Herr James Ramsay vor Zorn und Aerger dem Konstruktoren an den Hals fahnen, meint Ihr, verehrte Leser!“

„Da kennt Ihr den großen und herrlichen Menschen schlecht! Er hätte die den großen Franzosen, die — offen gesagt — nicht ganz fair gehandelt — die Hände und versichert, das sei die glückseligste Stunde seines Lebens! Er läche doch, daß seine Konstruktion und Berechnungen richtig gewesen seien.“

Hemgelehrt, feste er alles daran, in seiner eigenen Fabrik einen Dampfhammer aufzustellen, und es glückte. Er konnte sich von einem Verwandten das nötige Kapital, da Herr Gastell herinnächtig keine Betätigung verweigerte. Ein Dampfhammer von 30 Zentnern Gewicht wurde gebaut und aufgestellt und nach wenigen Monaten erdrückte die Hallen und Höfe der Ramsayschen Fabrik von dem mächtigen Schläge des Eisenriessens, der herniederprasselte, als wolle er den Erdball zermalmen. Aufträge aus ganz England, aus Belgien, Frankreich und den nordischen Ländern regneten nur so auf das Unternehmen und die Fabrik machte in ungeahnter Weise erweitert werden. Die so riesige Herstellung von Dampfhammern brachte natürlich viele Verbesserungen in der Konstruktion, und man

erreichte eine Vollkommenheit, die kaum glaublich ist. Nicht nur die größten Eisenstücke konnte man in kurzer Zeit und mit Leichtigkeit in allen gewünschten Formen schmieden, sondern auch feinstenartige Artikel bearbeiten, so traglos und leicht arbeiteten die Eisenkolosse, die man nach und nach bis zu 600 Zentner Gewicht herstellte. — Das Heben, das Falllassen und das Innehalten des Riesenhammers konnte man so regulieren, daß man folgendes Wagens riskieren konnte: Ein hoher Besucher des Werkes legte seine goldene Saftuhr auf den riesigen Amboss. Der den Hammer bedienende Meister maß die Dide der Uhr mit dem Millimetermaß und ließ dann den 30-Tonnenhammer herniederfallen. Der hohe Gast schloß die Augen, denn er meinte nicht anders, als das Besten der Uhr haben zu müssen und ein zu einer Platte gequetschtes Ding zurückzerfallen. Aber, o Staunen! Der Hammer fand plötzlich still. Man bente sich unter den Eisenblock, und da lag das goldene Uhrlein unverletzt, — gerade noch ein Blatt Papier vermochte man zwischen seinem Glasdeckel und dem Hammerboden zu schieben. — Der hohe Gast schenkte dem Meister die Uhr. — Immer weiter wuchs die Fabrik. Panzerplattenherstellung für Kriegsschiffe vertriebte man dem Werke Ramsay an, auch die Geschütz-Industrie brachte keine Dampfhammer.

Hafenanlagen, Anlagen von Seehäfen, Molen usw., bei denen stiege, bis zu 40 Zentimeter dicke Eisenstämme 4 bis 5 Meter in die Erde gerammt wurden, war die nächste Spezialität James Ramsays, denn er erkannte eine Dampfmaschine, mit deren Hilfe solche Riesenstämme in kaum einer Minute eingerammt wurden. Auch zur Fundamentierung seiner neuen Brücken zu Newcastlle und zu Bermuda benutzte später Robert Stephenson die von Ramsay erfundene Dampfmaschine. — So war Ramsay bald zu einem schwerreichen Manne geworden. Und er verstand auch, seinen Reichtum anzuwenden. 1856 zog er sich, erst achtundvierzigjährig, aus der Firma zurück, kaufte sich ein Landgut in Kent und lebte dort heftig seinen Neigungen: der jugendlichen Malerei und der Himmelskunde. Er fertigte eine Mondkarte, baute sich ein vorzügliches Fernrohr, erforschte die Wunder des Himmels und befaßte sich besonders mit dem Studium der Sonne, schrieb sogar eine von den Fachgelehrten sehr beachtete Abhandlung über die Sonnenflecken.

Im hohen Alter von 82 Jahren starb er 1890 in London!

Wenn Du, geschätzter Leser, nun in irgendeinem Eisenwerk steht und beobachtet voller Bewunderung die Arbeit eines drohenden Eisenriessens eines Dampfhammers, so gedenke dabei eine kleine Minute des genialen Mannes, der ihn der kaffenden Welt schenkte.